

Ressort: Finanzen

Kommunen drohen Verdi mit Privatisierungswelle

Berlin, 10.02.2014, 05:00 Uhr

GDN - Vor der Tarifrunde im öffentlichen Dienst haben die Kommunen die Gewerkschaften davor gewarnt, mit überzogenen Forderungen eine Privatisierungswelle zu provozieren. Insbesondere eine forcierte Anhebung der unteren Tarifgruppen werde unweigerlich zu einer Verlagerung von Aufgaben führen, sagte der Präsident der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), Thomas Böhle, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (F.A.Z./Montagausgabe).

"Die Folge wäre ein Mehr an Ausgliederung und Privatisierung zum Beispiel bei der Müllabfuhr und im Nahverkehr", warnte Böhle. Am Dienstag wollen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit Verdi an der Spitze ihre Lohnforderung für die gut zwei Millionen Beschäftigte der Kommunen und des Bundes verkünden. Bereits früher hatte Verdi mehrfach sogenannte Sockelforderungen gestellt. In der Tarifrunde 2012 hatte sie eine Erhöhung um 6,5 Prozent, mindestens aber 200 Euro je Monat gefordert; dies entsprach für die unterste Entgeltgruppe mehr als 13 Prozent. Auch in diesem Jahr haben Gewerkschafter bereits entsprechende Absichten angedeutet. Böhle betonte in der F.A.Z., die Tariflöhne des öffentlichen Dienstes seien schon heute für einfachere Tätigkeiten erheblich höher als in vergleichbaren Bereichen der Privatwirtschaft. Bei der Müllabfuhr seien es 32 Prozent mehr als nach dem ebenfalls von Verdi geschlossenen Tarifvertrag für die private Entsorgungswirtschaft; im Nahverkehr mache das Tarifgefälle 25 Prozent aus. Da solche Leistungen ausgeschrieben werden müssten, hätten die Kommunen im Ernstfall gar keine Wahl. "Wer im öffentlichen Dienst Sockeltarifpolitik macht, nimmt sehenden Auges die Verschlechterung von Arbeitsbedingungen durch Privatisierung in Kauf", warnte Böhle. Auch der Städte- und Gemeindebund warnte entschieden vor "überzogenen" Tarifforderungen. Die Privatwirtschaft könne im Vergleich zum öffentlichen Dienst "stets höhere Abschlüsse akzeptieren, da sie in Krisenzeiten auch schneller entlassen oder Arbeitsplätze zu Niedriglöhnen anbieten kann", sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg der F.A.Z. Der Präsident des Deutschen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly (SPD), zeigte sich ebenfalls besorgt. "Die Spielräume für Tarifierhöhungen sind begrenzt", sagte er der F.A.Z. Ohne den Beschäftigten deshalb eine "Teilhabe am wirtschaftlichen Aufschwung" zu verwehren, müsse dies im Blick bleiben. Die sogenannten Kassenkredite, die insbesondere in den Etats schwächerer Kommunen eine besondere Rolle spielen, hätten einen Höchstwert von fast 50 Milliarden Euro erreicht. "Gleichzeitig ist das Niveau der kommunalen Investitionen alarmierend niedrig", warnte er.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-29818/kommunen-drohen-verdi-mit-privatisierungswelle.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local

(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com